

BNetzA

Konsultation zum Netzausbau gestartet

[17.09.2013] Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat die Entwürfe der vier Übertragungsnetzbetreiber ausgewertet und zur öffentlichen Diskussion freigegeben. Vertreter von Landesregierungen sehen in den Netzentwicklungsplänen aber noch Nachholbedarf.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat am vergangenen Freitag (13. September 2013) ihre Konsultation der Entwürfe des Netzentwicklungsplans Strom (NEP) 2013 und des Offshore Netzentwicklungsplans (O-NEP) 2013 gestartet. Die von den vier Übertragungsnetzbetreibern Tennet TSO, 50Hertz Transmission, Amprion und TransnetBW überarbeiteten Netzentwicklungspläne enthalten alle Ausbaumaßnahmen, die aus deren Sicht bis zum Jahr 2023 für eine sichere Stromversorgung notwendig sind. Laut Bundesnetzagentur wurden die Pläne geprüft und ausgewertet. „Im Vergleich zum Vorjahr sehen wir wesentlich mehr von den Übertragungsnetzbetreibern vorgeschlagene Netzverstärkungen in vorhandener Trasse als bestätigungsfähig an“, erläuterte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. „Dadurch wird deutlich, dass die Möglichkeiten zu Netzverstärkungen grundsätzlich ausgeschöpft werden, bevor es zum Neubau von Stromtrassen kommt.“ Neben den Netzentwicklungsplänen wurde auch der Entwurf des Umweltberichts 2013 veröffentlicht. Er beschreibt und bewertet die voraussichtlichen Auswirkungen des Netzausbaus auf die Umwelt und wurde laut Bundesnetzagentur im Vergleich zum Vorjahr deutlich erweitert: Erstmals wurden nicht nur die Umweltauswirkungen des Netzausbaus an Land, sondern auch solche im Küstenmeer untersucht.

Alle Interessierten haben nun mehrere Wochen Gelegenheit, zu den Entwürfen Stellungnahmen abzugeben. Bei Behörden und Verbänden beläuft sich die Frist auf den 25. Oktober. Privatpersonen haben bis zum 8. November 2013 Zeit, ihre Einwände vorzulegen. Die Bundesnetzagentur will dazu sechs öffentliche Informationsveranstaltungen durchführen. Sie sollen sich an Bürger, Verbände und Behörden richten.

#titel+ Keine Kompromisse eingehen #titel-

Indes appellierte Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen) an die Bundesnetzagentur, bei der Versorgungssicherung Baden-Württembergs keine Kompromisse einzugehen. Nachdem der Bau der ursprünglich vom Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW angemeldeten HGÜ-Leitung Kreis Segeberg – Goldshöfe erneut nicht für zwingend erforderlich gehalten werde, müssten TransnetBW und Bundesnetzagentur zweifelsfrei nachweisen, dass die Versorgungssicherheit Baden-Württembergs auch ohne diese Leitung gewährleistet bleibt. „Wenn das so sein sollte, dann würde ich den Wegfall der Übertragungsleitung mit Goldshöfe als Endpunkt begrüßen – aber ausdrücklich unter dieser Voraussetzung. Weniger Leitungsbau bei sicherer Versorgung ist allerdings eine grundsätzlich gute Botschaft“, sagte Untersteller. Schleswig-Holsteins Energiewendeminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte die Netzbetreiber mit Blick auf die Offshore-Windenergie daran, tragfähige Lösungen vorzulegen. So komme es immer wieder zu netzbedingten Abschaltungen von Windenergieanlagen in der Region. „Zwar erkennen Land, Netzbetreiber und auch die Bundesnetzagentur die Notwendigkeit eines zügigen Netzausbaus an der Ostküste einhellig an, aber noch immer haben die Netzbetreiber kein überzeugendes Ausbaukonzept geliefert“, sagte Habeck. Dennoch begrüßte er die Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung: „Nutzen Sie die Chance sich bei der Gestaltung der Energiewende einzubringen. Jetzt ist die Chance die Frage des Bedarfs zu diskutieren, später im Verfahren wird es dann um Trassenverläufe

und Maststandorte gehen“, so der Minister.

(ma)

Stichwörter: Netze | Smart Grid, Bundesnetzagentur (BNetzA), Franz Untersteller, Netzentwicklungsplan, Offshore, Robert Habeck, Windenergie